



„Der Erfolg der Populisten

INTERVIEW Die Politologin Sophie Heine über demokratische

Armand Back

Wieso die Europäische Union ein idealer Nährboden für populistische Strömungen ist. Was das mit Souveränität zu tun hat. Wie demokratisch Europa überhaupt ist und wieso gerade die Sozialdemokraten so viele Wähler an Rechtspopulisten verlieren. Die belgische Politologin Sophie Heine arbeitet sich mit chirurgischer Präzision durch die Grundfesten der EU hindurch und lässt dabei kaum einen Stein auf dem anderen. Eine Alternative schlägt sie auch vor – doch die ist gewagt.

Tageblatt: Welchen politischen Nährboden braucht der Populismus, um zu gedeihen?

Sophie Heine: Populistische Bewegungen sind zuallererst einmal Randbewegungen. Sie brauchen bestimmte radikale Botschaften, um Wählerstimmen zu gewinnen. Natürlich spielen hier Ideologien eine Rolle, doch der strategische Faktor ist unerlässlich. Zusätzlich, um zu verstehen, wieso Populismus während der letzten Jahrzehnte immer erfolgreicher wurde, müssen wir tiefergehende strukturelle Faktoren betrachten. Verschiedene überstaatliche Entwicklungen wie die Globalisierung und, in unserem Fall, der europäische Zusammenschluss haben den Handlungsspielraum von politischen Akteuren enorm eingeschränkt. Dies trifft auf alle EU-Mitgliedstaaten zu, und für die Mitglieder der Eurozone noch mehr. Der Aufstieg des Populismus ist die direkte Konsequenz einer verminderten politischen Agenda.

Weil die Nationalstaaten im Zuge der europäischen Integration einen Teil ihrer Souveränität nach Brüssel abtreten mussten ...

Eben, viele Bereiche der Politik werden mittlerweile auf europä-

ischer Ebene entschieden, sei es direkt oder indirekt. Das schränkt sowohl die Entscheidungsfreiheit als den Handlungsspielraum von Regierungen ein, etwa in Bereichen der Sicherheit, der Einwanderungspolitik, aber auch in sozio-ökonomischen Fragen. In all diesen Feldern haben die Mitgliedstaaten keine wirkliche staatliche Souveränität mehr.

Inwiefern hilft das populistischen Bewegungen? Populisten geben vor, die staatliche Hoheit wiederherstellen zu wollen – die EU bietet ihnen demnach einen perfekten Rahmen. Umso mehr, seit diese Bewegungen ihrer Verteidigung der Souveränität mit Worten einen demokratischen Anstrich geben. Historisch gesehen wurde die repräsentative Demokratie auf der

Überstaatliche Gebilde wie die Europäische Union haben historische Gewissheiten dekonstruiert – ohne sie mit einer neuen und stabilen Alternative auf einer anderen Ebene zu ersetzen

Ebene der Nationalstaaten aufgebaut. Dort lag auch die alleinige Hoheitsgewalt. Somit nahmen fast alle gesellschaftlichen und politischen Akteure an, dass Begriffe wie nationale Identität, Staatsbürgerschaft und Staatshoheit notwendigerweise fast deckungsgleich sind, sich zumindest überschneiden. Überstaatliche Gebilde wie die Europäische Union haben diese historischen Gewissheiten dekonstruiert – ohne sie mit einer neuen und stabilen Alternative auf einer anderen Ebene zu ersetzen. Das ist der Kontext, in dem die Populisten, die ja ein Zurück zu mehr Staatshoheit fordern, ihren Hebel ansetzen. Ihr Erfolg ist demnach kaum überraschend, vor allem, da dieser strukturelle Kontext auf die meisten EU-Staaten zutrifft.

Einige Staaten scheinen aber anfälliger für populistische Strömungen als andere.

Dass verschiedene Bewegungen in einigen Staaten erfolgreicher sind als in anderen, hat vor allem organisatorische Gründe: Gibt es einen charismatischen Anführer? Ist die Bewegung gut organisiert? Verfügt sie über genügend finanzielle Mittel? Schafft sie es, ihre Ideologie mit der passenden Botschaft zu verbinden und diese auch zu vermitteln? Andere Faktoren bleiben natürlich die generelle politische Lage im Land und das politische System, nach dem es funktioniert. Man darf den allgemeinen Kontext aber nicht aus den Augen verlieren. Dieser führt zwar nie zwangsläufig zu diesem oder jenem bestimmten Ergebnis, da strategische oder ideologische Faktoren immer mitspielen – er bleibt aber unabdingbar, damit sich gewisse gesellschaftliche Strömungen mit der Zeit verfestigen können.

Kann mehr Bürgerpartizipation – etwa durch Referenden – ein mögliches Rezept gegen Rechtspopulismus sein? Da hinter dem Aufstieg des Po-

pulismus vor allem der Wunsch nach mehr staatlicher Souveränität steht, und diese als Äquivalent für Demokratie dargestellt wird, kann es auf den ersten Blick schon verlockend scheinen, mit mehr direkter Bürgerbeteiligung dem Populismus das Wasser abzugraben; ihn quasi mit den eigenen Waffen zu schlagen. Doch hier ist Vorsicht angebracht. Denn mehr direkte Bürgerbeteiligung kann auch eine ebenso oberflächliche wie kurzfristige Antwort auf tiefergehende Probleme sein.

Wo driftet die EU auseinander?

Wir haben es ja vorhin gesehen: Eine der treibenden Kräfte hinter populistischen Bewegungen ist der Wille, zurück zu einer ursprünglichen politischen Handlungsfähigkeit zu finden. Zurzeit wird eine Vielzahl von politischen Strategien direkt oder indirekt auf überstaatlicher Ebene entworfen, vor allem auf EU-Ebene. Politische Debatten, die Berichterstattung durch Medien und das Wirken der Zivilgesellschaft finden aber weiterhin auf nationaler Ebene statt. Das stimmt nicht mehr überein. Wir müssen uns auf eine neue Ebene einigen, wo alles zusammen stattfindet – denn dieses Ungleich-

Populisten geben vor, die staatliche Hoheit wiederherstellen zu wollen – die EU bietet ihnen den perfekten Rahmen

gewicht ist einer der Hauptgründe für das dramatische demokratische Defizit, das die EU, wie sie jetzt funktioniert, kennzeichnet.

Wie müsste Europa denn aussehen, damit das gelingt?

Eine glaubhafte Alternative zu der populistischen Botschaft wäre es, eine europäische Demokratie zu schaffen, die der stetig größer werdenden Macht der europäischen Institutionen angemessen ist. Sollten wir es schaffen, die EU mit echter staatlicher Hoheit auszustatten, wäre dies umso wichtiger. Denn Souveränität an sich ist nicht demokratisch. Daran sollte immer wieder erinnert werden. Es ist also wesentlich, mit den oligarchischen Tendenzen zu brechen, die die EU durchtränken, und stattdessen eine demokratische europäische Regierung zu bilden.

Oligarchische Tendenzen?

Die EU funktioniert auf einer sehr oligarchischen Art. Der „Sui generis“-Charakter der EU (kurz gesagt die fehlende Staatlichkeit der Gemeinschaftsebene; Anm. der Red.) steht basisdemokratischen Prinzipien entgegen. Die hybride Natur der EU – sie funktioniert teils überstaatlich und teils zwischenstaatlich – widerspricht den grundlegenden Elementen einer repräsentativen Demokratie. Wir haben es hier eher mit einer abgemilderten Form von Demokratie zu tun.

Muss die EU also sozusagen neu entworfen werden? Anders gefragt: Wo sehen Sie die demokratischen Schwachstellen?

Die einzige gewählte europäische Institution, das Europäische Parlament, hat weiterhin weder ein Initiativrecht, noch darf sie die völlige politische Kontrolle über die EU-Kommission ausüben. Die EU-Kommission, eine nicht gewählte Bürokratie, ist die einzige europäische Institution mit der Macht zur Gesetzgebung auf dieser Ebene. Da-



ist nicht überraschend“

Defizite in Europa und den Aufstieg der rechten Stimmenfänger

Rechtspopulisten und Rechtsnationale rütteln an Europa, nicht nur in Belgien, Deutschland, Österreich, Frankreich, Ungarn und Großbritannien (Fotos: Reuters, AP, AFP)

zu hat sie noch exekutive und judikative Befugnisse. Was den Rat angeht, so beruht dessen demokratische Legitimität alleine auf der Verantwortlichkeit der einzelnen Regierungen gegenüber ihren jeweiligen Parlamenten. Wenn aber eine Regierung in einer bestimmten Frage überstimmt wird – immer dann, wenn der Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden kann –, bedeutet dies, dass dem Wille ihrer Wähler nicht mehr Rechnung getragen wird. Dazu besteht im Prozess der üblichen Entscheidungsfindung – dem sogenannten Trilog aus Kommission, EU-Parlament und Rat – ein Mangel an Transparenz und klarer Verantwortlichkeit.

Das ist ein strenges Urteil ... Na ja, das sind basisdemokratische Grundprinzipien, und auf

Eine glaubhafte Alternative zu der populistischen Botschaft wäre es, eine europäische Demokratie zu schaffen

EU-Ebene werden sie nicht bedient. Genau das befeuert Nationalisten, Euroskeptiker und Populisten. Ein Weg, um deren Argumenten überzeugend und effektiv entgegenzutreten, wäre nun einmal die Schaffung einer wirklichen europäischen Demokratie.

Wie könnte die aussehen?

Etwa indem das Europäische Parlament befugt wird, neue Gesetze vorzuschlagen. Indem sichergestellt wird, dass sowohl die Zusammenstellung der Kommission wie ihre Arbeit ein Abbild der Ergebnisse der Europawahlen sind. Und auf lange Sicht müssten der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union ersetzt werden. An ihre Stelle sollte eine zweite Kammer treten, die sich aus gewählten nationalen Abgeordneten zusammensetzt. Eine solche Umwandlung würde den hybriden Charakter der EU durch ein vollwertiges föderales Europa ersetzen.

Wieso rennen vor allem den sozialdemokratischen Parteien die Wähler davon und wechseln zu den Rechtspopulisten?

Rechtspopulistische Bewegungen haben in der Tat Wähler von den Mitte-rechts- und den Mitte-links-Parteien für sich gewonnen. Bei den Sozialdemokraten dürfte ihr ideologisches Defizit das Hauptproblem sein. Historisch gesehen war die Sozialdemokratie immer Verfechter und Förderer von Reformismus in seinem ursprünglichen Sinn: Sie versuchte immer, den Kapitalismus weniger unfair zu gestalten, etwa durch sozial-keynesianische Reformen. Und die Sozialdemokratie wollte immer das politische System demokratisieren. Diese progressive, reformorientierte Einstellung fand ihre Rechtfertigung meist in einer langfristigeren, utopischeren Zielsetzung – nämlich in der sozialistischen Alternative; die von den noch weiter links stehenden Strömungen noch stärker voran-

Die Europäische Union funktioniert auf eine sehr oligarchische Art. Vieles steht basisdemokratischen Prinzipien entgegen (...) und widerspricht grundlegenden Elementen einer repräsentativen Demokratie.

getrieben wurde. Im aktuellen globalen und europäischen Kontext wird es für die Sozialdemokratie immer schwieriger, eine solche reformistische Position anzunehmen oder umzusetzen. In einigen EU-Ländern vergrößert das die Kluft in der Sozialdemokratie zwischen radikalen und weniger radikalen Fraktionen.

Was können sozialdemokratische Parteien denn dagegen tun?

Wenn die Sozialdemokraten wieder eine Mehrheit von Bürgern hinter sich versammeln wollen, haben sie nur eine Möglichkeit: Sie müssen ihre Weltanschauung, ihre Ideologie neu mischen und – endlich! – ihre diffuse Position zum europäischen Integrationsprozess klä-

ren. In dieser Hinsicht ist die Frage nach der Souveränität ein Schlüsselement – denn das ist der Ausgangspunkt jeder politischen Agenda! Die Sozialdemokraten müssen diesen Begriff wieder für sich beanspruchen, wenn sie dem Aufschwung der Populisten etwas entgegenzusetzen wollen.

Wie könnte das aussehen?

Ein Weg dorthin wäre, klar und deutlich zu sagen, dass es auf EU-Ebene wirkliche staatliche Hoheit geben muss, begleitet von einem demokratischeren Entscheidungsfindungsprozess und einer Rechtsstaatlichkeit auf EU-Ebene. Gelingen könnte dies, wenn die Sozialdemokraten für ein demokratisches und föderales Europa eintreten. Ein Europa, das fähig ist, makroökonomische Entscheidungen zu treffen, seinen Grenzschutz und seine Einwanderungspolitik zu organisieren sowie seine innere und äußere Sicherheit zu garantieren. Solch ein föderales Europa könnte sich als Zwischenschritt erweisen hin zu einem längerfristig anzustrebenden Gangesprojekt. So gesehen besteht die Alternative zu der populistischen Verteidigung nationaler Souveränität im Wille, eine wirkliche europäische Souveränität zu schaffen.

Einfacher oder sagen wir populärer scheint es, auf die populistische Argumentationsschiene umzuschwenken ...

Es wäre eine Gefahr für die Sozialdemokraten, wenn sie der populistischen Erfolgswelle begegnen, indem sie sich selber zum Vorkämpfer für eine Stärkung der nationalen Identität erklären oder – schlimmer noch – es gemeinsam tun. Und das ist eine reale Gefahr. Schließlich hat die Sozialdemokratie zum Aufbau nationaler demokratischer Souveränität beigetragen. Auf der anderen Seite war sie immer hin- und hergerissen zwischen nationalistischen und eher kosmopolitischen Strömungen.



Foto: François Asselineau